

## FREIE SICHT

Chinas Weg  
in den Crash

REINER EICHENBERGER

Viele fürchten eine Dominanz Chinas.

Dabei ist ein Crash Chinas viel wahrscheinlicher. Gemäss den China-Experten tolerieren Volk und Wirtschaft die Macht der kommunistischen Partei nur, solange sie grosses Wirtschaftswachstum liefert. Dieses entspringt heute nicht einer Politik, die absolut gut ist, sondern der Verbesserung der Politik gegenüber früher. Deshalb erlebt China einen grandiosen Aufholprozess. Doch nach allem, was wir über Wirtschaftswachstum wissen, schaffen es Staaten ohne gut funktionierende Demokratie und konkurrenzierende Parteien kaum je, zu den führenden Wirtschaftsnationen aufzuschliessen. Teilweise aufzuholen ist einfach, Überholen aber unmöglich, solange man nicht bessere Institutionen hat. Und die hat China definitiv nicht.



Der Aufholprozess stoppt umso früher, je weniger Freiheiten herrschen. Die einzigen Ausnahmen sind Singapur und Hongkong. Aber das sind Stadtstaaten. Sogar absolutistische Herrscher regieren Stadtstaaten zumeist ganz vernünftig. In Flächenstaaten wie China hingegen sind die Anreize zu guter Politik viel kleiner.

## «Die zentrifugalen Kräfte der Demokratie zerreißen grosse Länder.»

Wohin also steuert China? Demokratisierung untergrübe wohl die Einheit des Landes. Heute wird China von zwei zentralisierten Organismen dominiert: Partei und Militär. Politiker, die Karriere machen wollen, müssen deren Interessen dienen, also auf Einheit Chinas spielen. In einem Mehrparteiensystem hingegen lohnt es sich für Politiker und Parteien, auf stärkere Autonomie ihrer Provinz oder gar Sezession hinzuwirken. Die zentrifugalen Kräfte der Demokratie zerreißen grosse Länder, die nicht wie die USA recht homogen sind und flächendeckend starke demokratische Institutionen haben.

Wenn aber die Regierung die Demokratisierung trotz sinkendem Wirtschaftswachstum nicht zulässt, erwächst ihr Widerstand. Sie kann nur mit Repression reagieren. Das bringt Unsicherheit, wodurch die Wirtschaft noch langsamer wächst. In einzelnen Provinzen wird das Einkommen sogar fallen. Dadurch wächst der Anspruch auf Umverteilung. Die reichen Provinzen werden dagegen ankämpfen. Mit zunehmender Krise folgt Kapitalabfluss und die Regierung führt Kapitalverkehrskontrollen ein. Das bringt einen hohen offiziellen Kurs und einen viel tieferen Schwarzmarktkurs der eigenen Währung. Das aber bietet korrupten Politikern die beste Möglichkeit, den Staat zu plündern. Die Freunde des Regimes tauschen bei der Zentralbank eigenes Geld in Dollars und wechseln diese auf dem Schwarzmarkt zum tiefen Kurs zurück. Diese Geldpumpe ist praktisch der internationale Standard zur Ruinierung von Krisenländern. Nur eines von vielen Beispielen dafür ist der Crash in Venezuela, dem Land mit den weltweit grössten Erdölreserven.

In dieser Kolumne schreiben «Handelszeitung»-Chefökonom Ralph Pöhner sowie Monika Roth, Professorin und Rechtsanwältin, Peter Grünenfelder, Direktor Avenir Suisse, und Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik Universität Freiburg.

## FREIE SICHT

Alle Kolumnenbeiträge im Internet:  
[handelszeitung.ch/freiesicht](http://handelszeitung.ch/freiesicht)